

**WKF-05** Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2019  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wirtschaftsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach
- 3 Jahren des Booms, es geht um sehr grundsätzliche strukturelle Herausforderungen.
- 4 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von
- 5 Exportüberschüssen,
- 6 eine unzureichend regulierte Globalisierung, fehlende Investitionen in die Zukunft: Die
- 7 Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes Wirtschaftsmodell, das in der
- 8 Vergangenheit
- 9 viel Wohlstand gebracht hat, so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas
- 10 Stern
- 11 hat zu Recht festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den
- 12 die
- 13 Welt je gesehen hat.“
- 14 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit
- 15 nimmt zu.
- 16 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die
- 17 an
- 18 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen
- 19 leben. Das
- 20 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 21 gefährdet
- 22 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische
- Politik.
- Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig
- erschüttern
- globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale
- Weltwirtschaftsordnung.
- Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen.
- Nach
- Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der
- Konjunktur ab.
- Jede Generation hat ihre Aufgabe. Einen nachhaltigen und gerechten Wohlstand zu
- schaffen,
- ist unsere. Deshalb müssen wir jetzt den Mut haben, weitreichende Entscheidungen zu
- treffen,
- dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite der Gesellschaft zu werben und nicht
- verzagt nur
- in Trippelschritten zu denken. Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür,
- dass

23 notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und  
damit  
24 zukunftsfähige neue Arbeitsplätze im Handwerk, in Startups, in der  
Dienstleistungsbranche  
25 und auch in traditionsreichen Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch  
massive  
26 Investitionen, öffentlich wie privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land  
zu  
27 begegnen, um die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen  
anpacken zu  
28 können, um Produktivität und neue Ideen anzukurbeln.

29 Unser Ziel ist die **sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist  
das  
30 Gegenmodell zu einem ungeregeltem Kapitalismus und einem autoritären  
Staatskapitalismus. Wir  
31 streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und  
32 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen  
hinweg und  
33 für zukünftige Generationen.

34 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen  
für faires,  
35 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt  
36 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich. Er  
37 schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung  
der  
38 Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise basiert, sondern den Mensch in den  
Mittelpunkt  
39 stellt.

40 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die  
Dynamik eines  
41 fairen Wettbewerbs nachhaltigen Wohlstand und innovative Problemlösungen schaffen  
können.  
42 Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die Marktwirtschaft beste  
Voraussetzungen für  
43 sozial-ökologisches Wirtschaften. Doch dafür braucht es den gesamten  
Instrumentenkasten aus  
44 Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher Forschungs- und  
45 Förderpolitik.

46 Die Aufgabe besteht darin, die Märkte der Zukunft so auszurichten, dass sie den  
Menschen und  
47 der Natur dienen. Dafür braucht es eine Politik, die beherzt vorangeht. Wenn wir es gut  
48 machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt nutzen, um unsere Wirtschaft  
auf  
49 Zukunft, Gemeinwohl und nachhaltigen Wohlstand zu drehen.

50 Es wird gelingen

51 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und  
Würde  
52 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso

fördert  
53 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf  
globale  
54 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und  
55 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.  
56 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und  
ökologische  
57 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die  
sozial-  
58 ökologische Marktwirtschaft. Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und  
Verbraucher\*innen  
59 dagegen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre  
Unterlassungen  
60 korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein  
61 berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

62 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja  
ein  
63 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des  
Erfolges der  
64 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um  
den  
65 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche  
Industrie  
66 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre  
67 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die  
Sozialpartnerschaft  
68 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

69 Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft  
wird dann  
70 erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die  
71 Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre  
Perspektive,  
72 ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau  
einer  
73 gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten  
Seit an  
74 Seit für den Wandel kämpfen.

75 Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen  
schalten ihre  
76 Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit  
fossilen  
77 Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne  
78 Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches  
79 Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen  
sind da.

80 **Die Politik muss jetzt liefern.**

81 Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische  
Marktwirtschaft  
82 ebnen:

83 **1. Qualitatives statt blindes Wachstum - ein neuer Wohlstandsbegriff**

84 Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben  
85 innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen.  
86 Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft  
87 stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und  
88 Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es  
89 verschärfen sich gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes  
90 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen  
91 miteinander im Konflikt. **Unser Ziel ist deshalb, Wachstum mit sinkendem Ressourcenverbrauch  
zu koppeln.**

92 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand  
93 und Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden  
94 unseres Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von  
95 Natur- und Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen  
96 beispielsweise den Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und  
97 Abschreibungen vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von  
98 Umweltschäden erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo  
99 wiederhergestellt und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit,  
100 die vor allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands  
101 bildet, derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein  
neues**

102 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um  
103 neben den ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu  
104 messen und Indikatoren dafür festzulegen. Dabei geht es um harte ökonomische Fakten, denn  
105 berücksichtigt wird auch das Natur- und Sozialkapital, dessen Verfügbarkeit natürlich ein  
106 Wert an sich, aber auch elementar für den wirtschaftlichen Erfolg ist.

107 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen  
108 und den Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die  
109 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. So wollen wir als ersten  
110 Schritt **für die Deutsche Bahn die Gemeinwohlabilanzierung einführen.** Und alle größeren

privaten  
111 Unternehmen sollen in ihrem Jahresabschluss zukünftig über Nachhaltigkeitsindikatoren  
wie  
112 CO<sub>2</sub>-Emissionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht börsennotierte  
Unternehmen sowie  
113 für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Langfristig wollen wir erreichen,  
114 dass diese ökologischen und sozialen Werte auch entsprechend bepreist werden und so  
direkten  
115 Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens haben.

## 116 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**<sup>1</sup>

117 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer  
intakten  
118 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz davor, alle  
roten  
119 Linien zu überschreiten, vor denen uns viele Forscher\*innen warnen. Das hätte  
gravierende  
120 Konsequenzen für unsere Freiheit und die Freiheit unserer Kinder und Enkel. Politisch  
werden  
121 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere  
Gesellschaften  
122 fordern wie nie zuvor. Und wirtschaftlich handelt es sich bei der Klimakrise um das  
größte  
123 Geschäftsrisiko für unseren Wohlstand – oder eben um die entscheidende Größe für  
unseren  
124 Wettbewerbserfolg auf den Märkten der Zukunft.

125 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die  
126 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt.  
Um  
127 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude**  
**weitgehend**  
128 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine  
zentrale  
129 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der  
130 Chemiebranche.

131 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und  
Marktdurchdringung nun  
132 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit  
133 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im  
nächsten  
134 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme  
erschließen.  
135 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter  
verwenden sowie  
136 CO<sub>2</sub>-lastige durch CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

137 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen  
nicht  
138 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung**

**aus dem**  
139 **Gewohnten heraus.** Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft  
entfalten  
140 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein**  
**mächtiges**  
141 **Instrument,** sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende  
Krisen  
142 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen,  
dass  
143 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde  
Menschen  
144 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine  
**grüne**  
145 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit  
dies  
146 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**  
147 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen  
Verhalten in  
148 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch  
lohnend ist.

149 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die  
verlässliche Vorgabe,  
150 dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein  
Treibhausgas  
151 mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb,** weil die  
Klimabilanz von  
152 Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird teurer,  
153 klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt Starthilfen  
für  
154 neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur  
155 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die  
Basis  
156 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

157 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

158 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt  
für alle  
159 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-  
Minderungspfade  
160 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle,  
ob die  
161 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele  
vor.  
162 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche  
Vorgaben. Zum  
163 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen  
werden und  
164 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau  
der  
165 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für  
166 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur

planungssicherer  
167 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten  
so  
168 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.  
169 CO2 muss einen Preis bekommen  
170 Ein **wirksamer CO2-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes,  
den wir  
171 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lässt  
sich  
172 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und systematisch  
173 Anreize zur Senkung des CO2-Ausstoßes und für eine Umstellung von  
Produktionsweisen sowie  
174 für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so lässt sich das  
Potenzial  
175 auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen fairen Wettbewerb  
schaffen.  
176 Der CO2-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig auch die  
Wettbewerbsfähigkeit  
177 auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig, sondern auch ein  
globaler  
178 Zukunftstrend.  
179 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten  
180 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche  
finanzielle  
181 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und**  
**klimaschädliche**  
182 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über  
57 Milliarden  
183 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,  
dem  
184 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die  
Nichtbesteuerung von  
185 Kerosin wollen wir endlich beenden.  
186 Investitionen in CO2-freie Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen Stahl,  
Chemie  
187 und Zement, lohnen meist erst bei sehr hohen CO2-Preisen, die das europäische  
188 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen für  
189 Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz  
zwischen dem  
190 aktuellen CO2-Preis und den tatsächlichen CO2-Vermeidungskosten erstatten, welche  
ihnen  
191 durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen (Carbon Contract  
for  
192 Difference). Die Kosten dafür können über eine Klima-Umlage refinanziert werden, die  
auf die  
193 Endprodukte aufgeschlagen wird und die für heimische Produkte und Importe  
gleichermaßen

- 194 gilt. So rechnen sich diese Investitionen sofort und es werden kurzfristige  
195 Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine entsprechende CO2-Bepreisung  
vermieden.
- 196 Förderpolitik gibt Starthilfe
- 197 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen  
sie  
198 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO2-freie Industrieprozesse in den  
199 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**  
**Abschreibungsmöglichkeiten**  
200 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO2-freier Verfahren und Prozesse gezielt**  
**fördern**. Die Basis  
201 zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Dafür wollen wir  
die  
202 Mittel im kommenden europäischen Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ auf  
120  
203 Milliarden Euro aufstocken und die steuerliche Forschungsförderung als ein  
wirkungsvolles  
204 Innovationsinstrument ausgestalten. Weiterhin richten wir die öffentliche Beschaffung  
205 konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so Leitmärkte, die innovativen  
Unternehmen  
206 die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte auch einen Markt finden, auf dem  
sie  
207 starten können.
- 208 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden  
209 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA)  
zeitlich  
210 befristet wieder einführen.
- 211 In die ökologische Infrastruktur investieren
- 212 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Ausbau von Bahninfrastruktur, von  
ÖPNV,  
213 Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von Ladeinfrastruktur für E-  
214 Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff. Wärmenetze,  
energetische  
215 Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen benötigen Unterstützung.  
Auch  
216 stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die Schaffung von  
mehr  
217 Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und tierschutzgerechten  
218 Landwirtschaft an.
- 219 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige  
220 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu  
können. Für  
221 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein  
Investitionsprogramm in Höhe  
222 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische  
223 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur  
drei  
224 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in**

## Höhe von 30

225 **Milliarden pro Jahr.**

226 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

227 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
228 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im  
internationalen

229 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies  
kann über

230 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe  
aufgeschlagen

231 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger  
energieintensive

232 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen

233 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt

234 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

235 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

236 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass  
Anlagekapital

237 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und

238 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft**  
umlenken und

239 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder  
Erdölindustrie

240 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen  
Finanzwende

241 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-**  
**Label für**

242 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards.  
Damit alle

243 Anleger\*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften,  
werden wir

244 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

245 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder

246 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien

247 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben.  
Dafür

248 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten  
des

249 Klimas machen, beenden.

250 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von

251 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir  
einen

252 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, anhand dessen auch  
klima- und

253 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser  
Grundlage müssen

- 254 alle Finanzmarktakteure die Klima und Umweltauswirkungen ihrer Investitionen  
offenlegen.
- 255 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung  
durch
- 256 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel  
durch
- 257 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
258 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken  
bergen.
- 259 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter  
Rahmen**
- 260 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr  
Rohstoffe
- 261 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen  
und außerdem
- 262 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität  
beispielsweise gibt
- 263 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den  
264 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu  
senken.
- 265 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.
- 266 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft.**  
Diese
- 267 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der  
268 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile  
auch
- 269 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür  
wollen wir
- 270 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen  
Abfallvermeidung-
- 271 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen  
**Recyclingquoten**
- 272 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen.  
Hersteller\*innen
- 273 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.
- 274 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und  
275 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden.  
Ein
- 276 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer  
277 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus  
fördert. Auch
- 278 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone  
können ein
- 279 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu  
280 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-  
Prozesse
- 281 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

## 282 **4. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der** 283 **Arbeitswelt**

283 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die  
284 Digitalisierung  
285 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden  
286 wegfallen  
287 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der  
288 Summe dann  
289 weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich  
290 vorhersagen.  
291 Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv verändert.  
292 Unser  
293 Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich erleben wir  
294 bereits heute neue Formen der Ausbeutung und Überforderung. Ein großes Problem  
295 bedeutet  
296 daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** – eine Million Stellen  
297 sind  
298 unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen  
299 Alter  
300 ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.  
301 Für beide Entwicklungen – den Fachkräftemangel und die Veränderungen der  
302 Arbeitswelt – muss  
303 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und  
304 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher.  
305 Weiterbildung ist der Schlüssel  
306 Das bedeutet vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich  
307 weiterzubilden und  
308 neu zu qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen  
309 einen  
310 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird  
311 damit Teil des  
312 öffentlichen Bildungsauftrags. In allen Kommunen wollen wir Bildungsagenturen  
313 schaffen. Sie  
314 sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen sich  
315 Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen  
316 sowie andere  
317 Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste  
318 Weiterbildung  
319 und Beratung anbieten zu können. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird zu einer  
320 **Arbeits- und Weiterbildungsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden  
321 vergangenen  
322 Jahrhunderten damit begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit  
323 abzusichern,  
324 sollten wir im 21. Jahrhundert im Rahmen der Arbeitslosenversicherung eine Garantie  
325 auf  
326 Weiterbildung festschreiben. Sie sollte sowohl die Weiterbildung finanzieren als auch  
327 den  
328 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Auch die Möglichkeiten der  
329

310 Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen. Dafür soll eine öffentliche und  
311 unabhängige digitale Plattform alle Fort- und Weiterbildungsangebote bündeln. Das  
ermöglicht  
312 neue Zugänge für Menschen, die sich weiterbilden wollen.

313 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere  
beim  
314 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige  
Maßnahme  
315 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der  
Beschäftigten und  
316 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. So können Beschäftigte  
sich  
317 qualifizieren und danach in ihren Betrieb zurückkehren. Die Phase der Kurzarbeit muss  
318 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir  
die  
319 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
320 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen,  
Gewerkschaften und  
321 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

322 Fachkräftemangel bekämpfen

323 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
324 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen  
und die  
325 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen  
Wandels  
326 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend  
notwendig.

327 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht.  
Wir  
328 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
329 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit  
eines  
330 Spurwechsels.

331 Neue Jobs

332 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der  
Pflege, der  
333 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen  
ausgebaut  
334 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an  
ihrer  
335 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen  
kümmern, dürfen  
336 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

337 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit  
stetigen  
338 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs  
geschaffen  
339 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare

Sicherheit (BMU)

- 340 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-**  
341 **Energien-Branche** in  
342 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im  
343 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5  
344 Millionen  
345 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
346 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,  
347 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte - von der  
348 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.  
349 Gute Arbeitsbedingungen  
350 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit  
351 und  
352 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive  
353 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Beschäftigung  
354 überwinden.  
355 Bei der öffentlichen Vergabe sollen nur Unternehmen zum Zuge kommen, die einem  
356 Tarifvertrag  
357 angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge  
358 für  
359 allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von Betriebsräten werden wir erleichtern,  
360 indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz erhalten und die Verhinderung von  
361 betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und verfolgt wird.  
362 Wir wollen die **betriebliche Mitbestimmung** ausbauen, indem die Betriebsräte bei  
363 der  
364 Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung und der  
365 Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die  
366 unternehmerische Mitbestimmung soll bereits ab einer Unternehmensgröße von 1.000  
367 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der  
368 Arbeitnehmervereiner\*innen bei  
369 strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat erweitert werden.  
370 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen.  
371 Wir  
372 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohnstreichen**, die Kontrolle verbessern und  
373 zudem dafür sorgen,  
374 dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Die Mindestlohnkommission wollen wir  
375 reformieren, um ihren Entscheidungsspielraum zu stärken. Die Höhe des Mindestlohns  
376 soll sich  
377 künftig nicht allein an der Tarifentwicklung orientieren, sondern vor Armut schützen und  
378 den  
379 Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme  
380 eine  
381 **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der  
382 Wissenschaft in der Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten. **Leiharbeit**  
383 wollen wir

370 stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die gleiche Bezahlung  
wie  
371 für die Stammbesetzungschaft gelten sowie eine zusätzliche Flexibilitätsprämie.  
**Sachgrundlose**  
372 **Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein wirksames  
**Entgeltgleichheitsgesetz** mit  
373 einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es,  
374 **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und  
dafür zu sorgen,  
375 dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander  
376 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung  
mit  
377 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe  
aufzuwerten,  
378 die heute noch meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der  
Pflege  
379 oder im Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf**  
**Abruf**  
380 nicht mehr möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt  
381 werden können, etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.  
382 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**  
anpassen.  
383 Dafür braucht es schärfere Abgrenzungskriterien von (Solo-)Selbstständigkeit sowie  
eine  
384 Neudefinition des Arbeitnehmer\*innen-Begriffs. **Gesetzliche Mindesthonorare** sollen  
für  
385 Selbstständige ein Schutz vor Dumping und Ausbeutung sein, genauso wie der  
gesetzliche  
386 Mindestlohn es für Beschäftigte ist. Auch sollten sich die Auftraggeber\*innen an den  
387 Sozialversicherungsbeiträgen beteiligen.  
388 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**,  
sie  
389 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl  
Erwerbs-  
390 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer  
gerechteren  
391 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Wenn  
Arbeit  
392 besser ins Leben passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und  
393 engagierter. Auch der wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.  
394 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmern rund um  
395 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze  
für  
396 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung. Wir  
wollen  
397 mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten und fordern eine **Wahlarbeitszeit**  
**zwischen**  
398 **30 und 40 Wochenstunden**. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem

flexiblen

399 Arbeitszeitkorridor umgestaltet. Ein **Rückkehrrecht** von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre  
400 vorherige Stundenzahl ist notwendig, damit sie beruflich wieder voll durchstarten  
können.

401 Die von der großen Koalition eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt  
402 diesen Anforderungen bei weitem nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten  
(insbesondere

403 Frauen) wird aufgrund der Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in  
404 Anspruch nehmen können. Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den  
405 Führungspositionen von Unternehmen mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es  
406 **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte** und vergleichbare Regelungen auch  
für Vorstände.

407 Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause zu  
408 arbeiten. Wir werden deswegen ein **Recht auf Home-Office** einführen.

409 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

410 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem  
Fachkräftemangel als

411 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die  
412 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang  
sind wir

413 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen

414 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen  
deutlich

415 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen  
416 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen  
mehr

417 Informationen bereit zu stellen.

## 418 **5. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

419 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen  
Wandel voran

420 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue  
Arbeitsplätze,

421 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen  
Forschungsbonus

422 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten  
und Verfahren

423 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der  
Umsatzsteuer

424 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In  
Strukturwandelregionen

425 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen  
Unternehmen

426 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen  
und

427 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die  
Energiewende,

428 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die  
Landwirtschaft.

429 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere  
430 Tarifbindung  
431 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der  
432 Ausbildung  
433 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden.  
434 Durch  
435 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen  
436 wir dafür, dass  
437 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.  
438 Gründer\*innen fördern  
439 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig  
440 Eigenkapital  
441 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
442 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000  
443 Euro  
444 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung.  
445 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
446 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female  
447 Founder  
448 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein  
449 großes  
450 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel  
451 eher  
452 männliche als weibliche Gründer\*innen. **Wir schlagen vor, einen staatlich  
453 geförderten  
454 Wagniskapitalfonds zu schaffen, der sich nur an Gründerinnen richtet.** Irland  
455 hat mit diesem  
456 Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren sollte  
457 überprüft  
458 werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt hatte. Jede fünfte Gründerin und jeder  
459 fünfte  
460 Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Für sie wollen wir ein zugeschnittenes  
461 Beratungsangebot schaffen.  
462 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein  
463 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
464 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunction erfüllen, eine nachhaltige  
465 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren  
466 so  
467 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen  
468 Auftragsvergabe und  
469 Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und  
470 innovative  
471 Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Vergabelose sollten KMU-freundlich  
472 ausgeschrieben  
473 werden.  
474 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen  
475 den  
476 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von

nicht

- 459 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und  
460 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen Zeit  
zum  
461 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von  
Gründer\*innen und  
462 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden, damit  
zum Beispiel  
463 Labore zur Mitnutzung geöffnet werden. Die heutige Gründungsförderung ist stark auf  
464 technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen die bestehenden  
Förderinstrumente  
465 neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum Beispiel sozial orientierte  
466 Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.
- 467 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige  
öffnen** und  
468 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche  
469 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine  
Kultur des  
470 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge  
471 ermöglicht.
- 472 Für die erfolgsversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**  
473 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-  
474 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie  
sollen  
475 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und  
zu  
476 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups  
477 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum  
auch Beratung  
478 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.
- 479 Verwaltung kooperativer gestalten
- 480 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir  
fordern  
481 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. So sollen  
482 Technologieunternehmen und Startups mit innovativen Lösungen den Ministerien  
helfen,  
483 bestimmte Fragestellungen und Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, zu  
lösen.
- 484 Unser Ziel ist die vollständige elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart  
485 Unternehmen, Bürger\*innen und der Verwaltung viel Zeit und Geld.
- 486 Bei der Regulierung soll das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gelten: Große Unternehmen  
487 können komplexe Anforderungen erfüllen, kleinere Unternehmen und den Mittelstand  
wollen wir  
488 gezielt entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir bestimmte  
489 Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.

Wir werden

490 nicht nur den Unternehmen Fristen setzen, sondern verstärkt auch der Verwaltung.  
Verpasst

491 die Verwaltung die Frist, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.

492 Wagnisse ermöglichen

493 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende  
Technologien auch

494 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

495 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den  
Unterschied

496 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen  
Unternehmen

497 ausmachen.

498 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der  
499 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine  
Investitionswelle im

500 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen  
501 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass  
unsere

502 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
503 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wenn ausländische Konzerne ein  
europäisches

504 Startup übernehmen, sollen sie einen Ausgleich für die Fördermittel zahlen, die das  
Startup

505 von europäischer und nationaler Ebene bekommen hat.

506 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital  
günstig

507 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
508 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser  
unabhängig

509 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
510 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-  
Bereich

511 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern  
wir

512 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
513 Bürgerfonds.

514 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen  
für junge

515 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
516 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

517 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über  
500

518 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist  
derzeit in

519 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
520 koordinieren und abstimmen. Mittelfristig streben wir einen großen **europäischen**

521 **Wagniskapitalfonds** an und wollen die EU zum größten Venture-Capital-Markt der Welt machen.

## 522 **6. Digital von der Null zur Eins werden**

523 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren

524 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene

525 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und

526 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

528 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie**.

529 Halbleiter sind im digitalen 21. Jahrhundert das, was Rohöl im analogen 20. Jahrhundert war:

530 eine kritische Ressource. In Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die

531 Halbleiterproduktion in Europa. Wir wollen diese Stärke stärken, indem wir die Forschung und

532 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden

533 stärken.

534 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

535 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine

536 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz,

537 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch bei

538 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich

539 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet

540 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln

541 zu können.

542 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb

543 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der

544 Bundesregierung verhindert wird.

545 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden.

546 Wenn

547 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim Verkauf

548 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den

## lokalen

549 **Einzelhandel** werden wir vor unfairer Dumpingwettbewerb von Amazon und Co.  
550 **schützen**. Ziel ist  
551 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem  
552 werden wir  
553 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die  
554 Gewinne von  
555 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.  
556 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
557 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte  
558 zu  
559 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine  
560 **gesetzliche**  
561 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.  
562 Standards für die datengetriebene Wirtschaft  
563 So, wie wir mit der Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen  
564 in der  
565 digitalen Welt stärken konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch  
566 ethische,  
567 gesellschaftliche und sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen**  
568 **und**  
569 **Algorithmen** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der Haftung,  
570 Transparenz,  
571 Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie  
572 essentielle  
573 Cybersicherheitsstandards.  
574 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
575 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt,  
576 insbesondere  
577 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Daher plädieren wir für die  
578 Bereitstellung  
579 öffentlicher, anonymisierter bzw. pseudoanonymisierter Daten, damit dadurch neue  
580 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist eine**  
581 **Grundvoraussetzung**, damit  
582 europäische Unternehmen etwa bei künstlicher Intelligenz noch zum Silicon Valley  
583 aufschließen können. Die Bundesregierung muss bei Innovationen und neuen  
584 technologischen  
585 Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen. Dafür muss sie auch die bei  
586 öffentlichen Stellen erfassten Daten in einer datenschutzkonformen Weise  
587 (anonymisiert) der  
588 Allgemeinheit zur Verfügung stellen. So können Startups, Unternehmen und  
589 Forschungseinrichtungen diesen Datenschatz für die Entwicklung innovativer  
590 Technologien  
591 nutzen. „Sharing is Caring“ gilt an dieser Stelle ganz besonders.  
592 „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“ gilt auch für Unternehmen. Wir  
593 wollen  
594 eine Datenökonomie stärken, die nach diesem Prinzip organisiert ist. Dafür wollen wir  
595 Definitionen von Normen, Standards und Schnittstellen zum Datenaustausch zwischen  
596

579 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und öffentlicher Hand zur **kooperativen**  
580 **Datennutzung**  
581 fördern. Mit der Macht über Daten werden heute Monopolstellungen geschaffen. Wir  
wollen  
582 gesetzlich regeln, welche Daten als öffentliches Gut anzusehen sind.  
583 IT für grüne Ziele nutzen  
584 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter  
zusammenzuführen. Die  
585 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
586 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial**  
**der**  
587 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die  
Digitalisierung kann  
588 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln,  
besteht aber  
589 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung  
wird.  
590 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und  
der  
591 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge wird  
der  
592 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,  
wenn  
593 wir nicht umsteuern.  
594 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-  
IT“-  
595 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
596 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches  
Potenzial für  
597 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.  
598 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030  
gegenüber  
599 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
600 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30  
Prozent könnte der  
601 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
602 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir  
konsequent  
603 nutzen.  
604 Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in  
vielen  
605 Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die  
606 Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Mit den selbstfahrenden Autos von  
morgen  
607 bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche  
608 Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im

Auto zu  
609 ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze  
unterstützen  
610 oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.  
611 Cybersicherheit für die Industrie  
612 Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der Cybersicherheit unserer  
613 Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbands  
für  
614 Cybersicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler  
Teil wird,  
615 um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der  
616 Cybersicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten  
anerkanntes EU-  
617 weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende  
618 Beratungsangebote einführen.

## 619 **7. Die Technik von morgen entwickeln**

620 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen, müssen wir auch für  
621 Forschung und Entwicklung die richtigen Rahmenbedingungen setzen.  
Technologiedurchbrüche,  
622 Innovation und Neues entstehen nicht allein in Forschungsabteilungen,  
Vorstandsebenen oder  
623 Regierungsagenturen. Sie entstehen in **Ökosystemen**. Es geht darum, Kooperationen  
zu fördern,  
624 die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der  
625 Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen. Wir fordern daher **mehr  
interdisziplinäre  
626 Forschungsplattformen**, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie  
Forschungsinstitute,  
627 zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen beteiligen können. Darüber  
hinaus sind  
628 Reallabore und Experimentierräume in der Forschung notwendig, damit bahnbrechende  
neue  
629 Technologien auch gleich in der Umsetzung getestet werden können. Um diese zu  
fördern,  
630 schlagen wir eine eigene Förderlinie vor.  
631 Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch  
in  
632 Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo  
Märkte  
633 versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen.  
Für  
634 diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme  
ambitionierter,  
635 risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden,  
proaktiven  
636 und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als  
**Leadinvestor** ein  
637 innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

638 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

639 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um auf den Technologiemarkten  
des 21.

640 Jahrhunderts mithalten zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den  
Wissens- und

641 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**

642 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden Euro** aufstocken. Damit wollen  
wir ein

643 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die  
644 Grundlagenforschung in wirtschaftlichen Schlüsselfeldern wie der künstlichen  
Intelligenz,

645 der Robotik, Quantentechnologie sowie der Bio- und Nanotechnologie fördert.

646 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen  
647 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein**  
**deutsch-französisches**

648 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen  
hat die

649 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen  
etabliert.

650 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und  
Initiativen eng

651 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles  
deutsch-

652 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher  
653 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

654 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft,  
digitale

655 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau  
eine

656 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von  
schnellem

657 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die  
Bundesregierung

658 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und  
5G-

659 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken. Damit der Glasfaserausbau schneller  
660 vorankommt, brauchen wir eine solide Finanzierung. Dies wollen wir dadurch  
ermöglichen, dass

661 der Bund seine Anteile an der Telekom verkauft, und sie in eine Ausbaugesellschaft für  
662 Glasfaser investieren.

663 Neue Wege beim Urheberrecht

664 Wir wollen zudem in der Forschungsförderung stärker Output-basierte Modelle erproben  
und

665 beispielsweise Prämien für die Lösung von Zukunftsfragen öffentlich ausloben. Ferner  
wollen

666 wir eine weitgehende Verfügbarkeit von Basisinnovationen ermöglichen und dafür  
Open-Source-

667 Lösungen fördern. Wer sich verpflichtet, seine Forschungsergebnisse gebührenfrei der  
668 Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, erhält im Gegenzug großzügigen Zugang zu  
669 Fördermitteln. Ein Beispiel, wie eine solche **gemeinwohlorientierte Lizenzierung**  
gestaltet

670 werden kann, sind die Creative Commons Lizenzen, die seit Jahren erfolgreich die  
Rechte von

671 Urheber\*innen waren und gleichzeitig Inhalte für andere zugänglich und nutzbar  
machen.

672 Auch dem Mittelstand wollen wir den Weg frei machen für eine Investitionsoffensive in  
673 Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir wollen die steuerliche Förderung bei  
Forschung

674 und Entwicklung nicht wie die große Koalition auch Großkonzernen gewähren, sondern  
explizit

675 den KMUs. Bei der Auftragsforschung sollen auch die Auftraggeber\*innen einen Teil des  
676 Steuerbonus geltend machen können.

## 677 **8. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

678 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und  
679 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen  
Kommunen klafft

680 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel  
681 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu  
erhalten.

682 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung  
nach

683 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem  
684 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

685 Eine **neue Gemeinschaftsaufgabe „regionale Daseinsvorsorge“** soll dem Bund  
erlauben,

686 strukturschwache Regionen finanziell zu unterstützen. Dafür wollen wir eine  
Kompetenzagentur

687 schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und dem Abruf von  
688 Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft dazu,  
dass

689 stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung die  
Mittel

690 als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das  
Nachsehen

691 haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen  
ausrichten. Die

692 beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort ankommen, wo sie wirksam  
werden

693 sollen.

694 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen  
ausrichten,

695 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort  
696 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen  
Altschulden

697 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber

auch die  
698 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
699 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu  
sehr  
700 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen  
wieder Luft  
701 zum Atmen verschaffen. Die **regionale Wirtschaftsförderung** wollen wir neu  
ausrichten und  
702 Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen haben, mehr in den Blick  
nehmen.  
703 Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht der Scheck vom Staat,  
sondern eine  
704 exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte vor Ort. Wo es keinen  
Datenhighway  
705 gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.  
706 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach  
Cottbus  
707 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin. Schnelles Internet  
und das  
708 digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin ermöglichen, an der  
709 mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen würden die  
gelegentliche,  
710 zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken** und zu  
711 Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen  
712 Dienstleistungen machen. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen  
ansiedeln bzw.  
713 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
714 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit  
oder sind  
715 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge  
Zugewanderte  
716 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

717 **9. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen  
Binnenmarktes nutzen**

718 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,  
719 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und  
Europa  
720 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

721 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt.  
Kein großes  
722 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten  
zu  
723 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie,  
Rechtsstaatlichkeit und  
724 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen  
auseinanderdividieren zu  
725 lassen.

726 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen.  
727 Mit der  
728 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich  
729 Unternehmen  
730 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
731 international Karriere.

730 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame  
731 Standards für  
732 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
733 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen  
734 Kapitalismus  
735 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht  
736 entscheiden,  
737 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die  
738 sozial-  
739 ökologische Marktwirtschaft.**

736 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der  
737 eigenen  
738 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt –  
739 nach  
740 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit  
741 einer  
742 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
743 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

741 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

742 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa  
743 aktiv  
744 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche  
745 Aufträge,  
746 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere  
747 auch  
748 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine  
749 langfristige  
750 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, oder die Förderung  
751 industrieller  
752 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven  
753 Branchen  
754 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige  
755 Investitionen  
756 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen  
757 Investitionsprogramme müssen  
758 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

751 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
752 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
753 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.  
754 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch  
755 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben

- beteiligen.
- 756 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine
- 757 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme
- 758 müssen Teil einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.
- 759 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen
- 760 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
- 761 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen
- 762 Wettbewerb auf dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der
- 763 Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung
- 764 der Regeln im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei
- 765 öffentlichen Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die
- 766 Möglichkeiten zu schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag
- 767 zu versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.
- 768 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
- 769 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann.
- 770 Kontrolle über kritische Infrastruktur
- 771 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**
- 772 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
- 773 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und
- 774 konsequent angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische
- 775 Infrastruktur haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten
- 776 Fall erpressbar.
- 777 Mit Blick auf die konkret anstehende Entscheidung zu 5G halten wir einen **Ausschluss**
- 778 **von Huawei** angesichts der chinesischen Rechtslage für unabdingbar. Viele kleinere
- 779 europäische Länder sind abhängig davon, wie Deutschland sich entscheidet. Zwar mag der Ausbau
- 780 der deutschen 5G-Netze durch Huawei kostengünstiger und schneller sein als durch
- 781 europäische Anbieter. In der Abwägung zwischen Fragen der wirtschaftlichen und technologischen
- 782 Effizienz und der außen- und sicherheitspolitischen Dimension einer solchen Entscheidung
- 783 kommen wir aber zu dem Schluss, dass die politische Einflussnahme und die bereits stattfindende

784 Spaltung Europas durch China nicht weiter zunehmen darf. Es geht auch darum, die  
785 sicherheitsrelevante Infrastruktur nicht dem Zugriff eines Konzerns in einem autoritären  
786 Staat zu überlassen. Und es wird auch über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden,  
in  
787 Europa noch Unternehmen zu haben, die in der Lage sind, die Technologien der Zukunft  
zu  
788 bauen. Die Entwicklung von digitalen Standards ist systemrelevant.  
789 Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele  
790 Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes  
europäisches  
791 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss  
fair  
792 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.  
793 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden.  
Dafür braucht  
794 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber  
Handelspartnern  
795 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und  
menschenrechtliche  
796 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz  
neuer  
797 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar  
machen.  
798 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren  
Vorprodukte mit  
799 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.  
800 Den Euro zur Leitwährung machen  
801 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die  
**Währungsunion**  
802 **vollenden**. Eine Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen  
kann nicht  
803 funktionieren. Daher wollen wir eine **gemeinsame europäische Fiskalpolitik** für die  
Eurozone,  
804 die im Abschwung beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische  
805 Gemeingüter finanzieren kann. Diese Fiskalpolitik könnte sich auch über europaweite  
Steuern  
806 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder eine europäische  
807 Körperschaftsteuer finanzieren. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für  
808 europäische Gemeingüter wie den Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren  
Energien,  
809 Kommunikation und Internet oder die Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein  
810 Eurozonenbudget, das stabilisiert und investiert, sollte mindestens ein Prozent des BIP  
der  
811 teilnehmenden Staaten umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein.  
812 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen  
Währung.

813 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand  
814 aller  
814 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Für den Ausbau der  
815 paneuropäischen  
815 Infrastruktur wie zum Beispiel grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze macht es  
816 Sinn,  
816 **gemeinsame europäische Anleihen** zu schaffen, über die ein Teil dieser  
817 Investitionen im  
817 Rahmen des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann. Mit einem großen Markt  
818 für  
818 liquide europäische Anleihen kann es uns gelingen, den **Euro zu einer Leitwährung**  
819 zu machen,  
819 was den globalen ökonomischen und politischen Einfluss der Union massiv stärken  
würde.

820 Den Europäischen Rettungsschirm ESM wollen wir zu einem vollwertigen  
**Europäischen**  
821 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen  
Mitbestimmung  
822 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Wir brauchen eine  
**gemeinsame**  
823 **europäische Einlagensicherung**. Sie soll als Rückversicherung ausgestaltet sein,  
damit die  
824 europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist. Die deutschen  
825 Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten  
826 Institutssicherungssysteme setzen.

827 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb  
Europas und zur  
828 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
829 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum  
Atmen  
830 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um  
dies  
831 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
832 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren.

833 **10. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

834 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
835 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht  
836 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
837 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee  
838 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten  
hohe  
839 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung  
behindern.  
840 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen  
und erhöht  
841 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben  
und  
842 Spielregeln mitbestimmen.

843 **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale Geschäftsmodelle ändern  
844 Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für viele Dienste  
im  
845 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne  
Plattformen zu  
846 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
847 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren  
oder  
848 Konkurrent\*innen auszubooten.

849 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren.** Wenn sie  
anderen  
850 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die  
851 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den  
852 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**  
853 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt  
soll auch  
854 als **europäische Digitalaufsicht** fungieren, die natürliche digitale Monopole und  
Oligopole  
855 regulieren kann.

856 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung  
nachweisen,  
857 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir  
treten  
858 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch  
aufgespalten werden  
859 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und  
Gesellschaft wird.

860 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook**  
**und**  
861 **WhatsApp wieder entflechten.** Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie  
sie heute  
862 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen,  
wollen  
863 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten  
864 Datenschutzbestimmungen entfachen.

865 Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge  
angewandt  
866 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei  
867 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer  
Agrochemiekonzerne  
868 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die  
Umwelt.  
869 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

870 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Foulspieler\*innen vom Platz stellen.** Der  
Abgasskandal hat  
871 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu  
umgehen.  
872 Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine

- 873 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten  
874 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat  
seine Rolle als  
875 fairer Schiedsrichter auch wahrnehmen. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür,  
dass er  
876 das nicht immer tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von  
Autoindustrie,  
877 Aufsichtsbehörden und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und  
878 Interessengruppen auf den Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes**  
879 **öffentliches Lobbyregister** einrichten.
- 880 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die  
vom  
881 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht  
auch  
882 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften,  
Entschädigungsansprüchen  
883 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals  
884 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch  
muss  
885 jede\* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen,  
um das  
886 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.
- 887 **11. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**
- 888 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre  
haben gezeigt:  
889 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und  
890 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus  
891 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten  
benutzen  
892 die berechtigte Kritik an einer neoliberalen Globalisierung, um einen Rückfall in den  
893 Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche  
894 und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik  
Umweltschutz,  
895 Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in  
Balance  
896 bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen  
Süden  
897 Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen.
- 898 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das  
Mercosur-Abkommen,  
899 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel  
900 einer Agenda, die Liberalisierung, Deregulierung und hochproblematische  
901 Konzernschiedsgerichte in den Mittelpunkt von Verträgen wie schon bei TTIP, CETA oder  
JEFTA  
902 stellt, jedoch keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt, Menschenrechte,  
903 Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthält. Der brennende Amazonas führt

uns diese  
904 fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den Mercosur-  
Staaten  
905 vereinbarten Handelserleichterungen für Soja und Rindfleisch wirken für den Regenwald  
wie  
906 ein Brandbeschleuniger. Wir wollen deshalb einen **Importstopp von Agrarprodukten  
aus  
907 gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen  
Regenwald.**  
908 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
909 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald  
und die  
910 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen  
wirkungsvollen  
911 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen  
werden könnten.

912 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer  
bisherigen Form ab**, denn  
913 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht.  
914 Stattdessen ist es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den  
915 Korrekturen, die es nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft  
bereits  
916 gegeben hat und die auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht  
haben.

917 Die EU sollte dabei nicht wie bisher auf ein Sammelsurium bilateraler Handelsverträge  
918 setzen, sondern auf einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** all derjenigen  
Staaten, die  
919 bereit sind, Handel fair, offen und ökologisch sowie die Globalisierung gerecht zu  
920 gestalten. Der Fokus muss auf diskriminierungsfreien Marktzugängen und  
Zollerleichterungen  
921 liegen. Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern des Abkommens. Das  
beinhaltet  
922 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser  
923 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder  
aufgehoben werden,  
924 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder  
dessen Ziele  
925 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die  
Nicht-  
926 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

927 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für  
alle Teile  
928 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur  
regulatorischen  
929 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire  
Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um  
930 Dienstleistungen so zu  
931 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

932 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für  
933 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene  
klagen  
934 können, wenn Unternehmen gegen grundlegende Menschenrechte, Sozial- oder  
Umweltstandards  
935 verstoßen.

936 Lieferkettengesetz einführen

937 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter  
die Räder  
938 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für  
Unternehmen  
939 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten  
940 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und  
Verpflichtungen  
941 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus  
gerodeten  
942 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte  
Deutschland  
943 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich  
entwaldungsfreien  
944 Lieferketten einkaufen.

945 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
946 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding  
Treaty  
947 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere  
Wirtschaftsunternehmen für  
948 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

949 Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

950 Handel ist ein wichtiger Motor von Entwicklung, wenn er läuft. Damit er aber anspringt,  
kann  
951 es nötig sein, einzelne Sektoren durch Handelsbarrieren zu schützen, bis sie  
konkurrenzfähig  
952 sind. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) sind dafür kontraproduktiv. Wir  
wollen  
953 Entwicklungsländern genügend Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu  
schützen.

954 Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte aus  
955 Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir  
wollen  
956 die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die  
957 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen  
Handelsabkommen, da  
958 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu  
geraten.

959 Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

960 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um  
961 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale

Verbrauch von  
962 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen  
Zugang.  
963 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher  
964 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der  
Abbau von  
965 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung  
zu  
966 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten  
967 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten,  
denn  
968 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch  
Vorteile,  
969 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist.  
Voraussetzung  
970 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und  
demokratiepolitischen  
971 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese  
müssen  
972 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und  
Unternehmen, im  
973 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

974 Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

975 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“  
aufgekündigt  
976 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die  
977 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen  
die  
978 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die  
internationalen  
979 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und  
980 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt  
erschüttert  
981 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in  
ihrer  
982 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
983 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar.  
Wir  
984 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System  
stabilisierter  
985 Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,  
Entwicklung und  
986 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

987 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung  
zentral. Wir  
988 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern  
ermöglicht,  
989 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
990 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch

991 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre  
992 Währungen  
993 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
994 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu  
995 kommen, wollen  
996 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf  
997 Entwicklungsländer  
998 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
999 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern  
es mit  
den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-  
Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen  
Union  
(AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1000 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF und Weltbank** können beim Erreichen der  
1001 globalen  
1002 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-ökologischen Umbau eine  
entscheidende  
1003 Rolle spielen. Dafür müssen sie ihren Ankündigungen Taten folgen lassen und endlich  
den  
1004 Menschen dienen. Dazu gehört derzeit ganz konkret ihr Engagement konsequent am  
1005 Pariser  
1006 Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie nicht aus der Verantwortung entlassen,  
selbst zu  
1007 einer stabilen, nachhaltigen und armutsmindernden globalen Finanzarchitektur  
beizutragen.

## 1006 **12. Stabile Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1007 Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive  
1008 Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten  
1009 Regulierungen  
1010 und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine  
Spekulationsgeschäfte und  
1011 vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Lokal agierende kleine und  
mittelgroße  
1012 Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder im Rest der EU, stellen für die  
meisten  
1013 Firmen die Kreditversorgung sicher. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in  
ganz Europa  
verankern**. Öffentliche Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet.  
1014 Sparkassen sollen daher Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter werden, was  
die  
1015 Offenlegung von Gehältern angeht.  
1016 Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen  
Regeln  
1017 werden kleine Banken entlastet. Unsere **Schuldenbremse für Banken** - eine  
ungewichtete  
1018 Eigenkapitalquote von zehn Prozent - stellt sicher, dass genügend Sicherheitspolster  
1019 vorhanden sind. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives

Trennbankensystem,  
1020 hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht  
mehr das  
1021 Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der  
Steuerzahler\*innen gehört  
1022 dann der Vergangenheit an.

1023 Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten  
1024 entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr  
einfacher und  
1025 schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare  
Wettbewerbsregeln  
1026 schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante  
Stellung nutzen  
1027 können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung  
eines **E-**  
1028 **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen.  
Diese  
1029 von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch  
vielen  
1030 Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen.

**Privates Geld**  
1031 wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber  
potentiell  
1032 viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines  
Konzerns,  
1033 die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon  
1034 problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und  
Währungsmonopols  
1035 lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1036 **Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil  
sich ihre  
1037 Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen  
1038 eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen.  
Diese  
1039 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer  
Versicherung  
1040 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden  
1041 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel  
zu  
1042 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden.  
Auch  
1043 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden  
wir es  
1044 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die  
Zustimmung des  
1045 Kunden weiterverkaufen.

1046 Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es  
heute dazu,  
1047 dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit

den  
1048 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der  
Kunde zahlt  
1049 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die  
Berater\*in,  
1050 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern  
und  
1051 sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln.

1052 Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1053 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen  
der  
1054 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll  
all  
1055 den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren  
Einkommen  
1056 zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten  
anzusparen. In  
1057 den Bürgerfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines  
Einkommens  
1058 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die  
1059 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der  
Einzahlung in den  
1060 Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden,  
wird der  
1061 Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden  
wir  
1062 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige  
1063 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine  
Ersparnisse  
1064 haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die  
Wirtschaft wird  
1065 von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das  
Kapital ist  
1066 nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen  
1067 Anlageentwicklung verpflichtet.

### 1068 **13. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1069 Viele Unternehmen engagieren sich für ökologische und soziale Ziele. Immer mehr  
Unternehmen  
1070 schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen Erfolg verbindlich  
1071 fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir systematisch stärken.

**Unser Ziel ist**  
1072 **eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und Sozialunternehmen.**

1073 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote  
für  
1074 Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für  
alle  
1075 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und

Vereine

1076 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1077 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive  
Rechtsformen.

1078 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften**  
wollen wir in

1079 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1080 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten.

Die

1081 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen  
Ökonomie

1082 sichtbarer werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.

1083 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches  
Kombinationsverbot von

1084 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve

1085 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen.  
So

1086 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf

1087 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und

1088 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige

1089 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum  
Beispiel über

1090 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1091 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln  
abzunehmen,

1092 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-

1093 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht

1094 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen  
wir

1095 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu

1096 ermöglichen.

1097 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen,  
dass auch

1098 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlabilanzen** erstellen. Die

Gemeinwohlabilanzen wollen wir

1099 im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige gewinnorientierte  
Rechtsformen

1100 wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss künftig andere Ziele  
geben

1101 können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko ausgesetzt sind, dass

1102 Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

#### 1103 **14. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1104 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede  
achte der

1105 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all  
seine

1106 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine  
Smartphones,  
1107 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen  
Vorzeichen  
1108 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen  
1109 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1110 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in  
der  
1111 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug  
1112 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen.

1113 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1114 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden  
dabei  
1115 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften  
Ausgaben zum  
1116 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den  
Zusammenhalt  
1117 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1118 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung  
von  
1119 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1120 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der  
Bauwirtschaft  
1121 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik  
ist  
1122 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft  
als  
1123 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1124 dauerhaft und nachhaltig.

1125 Investitionsgesellschaften gründen

1126 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen  
erzielen  
1127 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das  
gleiche  
1128 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1129 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1130 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent  
managen.  
1131 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch  
1132 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar  
negativer  
1133 Zinsen.

1134 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die  
Verschuldung von  
1135 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften  
oder  
1136 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das  
gleiche

1137 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus  
dem  
1138 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes  
private  
1139 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der  
Bund gibt  
1140 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1141 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1142 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die  
Verschuldungsgrenze  
1143 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung  
sollen für  
1144 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für  
Parlament und  
1145 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die  
1146 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit  
öffentliches  
1147 Vermögen auch öffentlich bleibt.

1148 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1149 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es  
nicht zu  
1150 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der  
1151 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen.  
In  
1152 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1153 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1154 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1155 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren,  
verspielen wir  
1156 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch  
sichere  
1157 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren  
Schuldenstand  
1158 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir  
wollen**  
1159 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien  
weiterentwickeln**  
1160 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund  
mehr investiert  
1161 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch  
durch  
1162 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen  
Investitionen**  
1163 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach  
Abnutzung und**  
1164 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung  
bewegt.**

1165 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran  
gebunden,

1166 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des  
1167 BIP  
1168 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.  
1169 Durch diese Beschränkungen würde auch durch die vorgeschlagene Möglichkeit  
zusätzlicher  
1170 Investitionen die Schuldenquote weiter auf unter 40 Prozent fallen. Das gilt umso mehr,  
als  
1171 dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche Entwicklung entsteht. Gerade  
im  
1172 Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese Möglichkeit für sinnvoller als  
etwa  
1173 pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn diese würden den  
Abschwung noch  
1174 verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik.  
1175 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro  
Jahr  
1176 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds**  
überführen, der  
1177 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt.  
Er  
1178 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung  
entfalten.  
1179 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine  
Änderung  
1180 des Grundgesetzes an.  
1181 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und  
1182 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-  
Investitionsfonds,  
1183 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der  
vorgegebenen  
1184 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen. Die Schuldenbremse für die Länder (null  
1185 Verschuldung in Zeiten der Normalkonjunktur) soll beibehalten werden.  
1186 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf  
europäischer  
1187 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1188 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum  
Beispiel indem  
1189 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private  
Investitionen  
1190 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche  
Investitionen  
gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.  
1191 [1](#) Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren  
Maßnahmenplan für  
1192 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.

## **Begründung**

Dieser Antrag ist entstanden unter Mitarbeit von Tarek Al-Wazir, Katharina Dröge, Sven Giegold, Katrin Göring-Eckardt, Anja Hajduk, Monika Heinold, Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer und Ramona Pop.